

## Wachsende Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft

Heute, 17 Jahre nach der Währungsreform, muß man feststellen: In unserer Bundesrepublik ist alles das ins Hintertreffen geraten, was sich nicht über private Unternehmer-Wirtschaft und private Haushalte, über Angebot und Nachfrage auf dem Markt an wirtschaftlich, sozial und kulturell Notwendigem bereitstellen ließ. Während der Lebensstandard, soweit er auf den privaten Einkommen beruht, rasch und nachhaltig gehoben werden konnte — allerdings bei gleichzeitig einseitiger Vermögensverteilung —, blieb und entstand offenbar ein anderer Nachholbedarf, nämlich jener, der sich nur auf staatswirtschaftlichem Wege bewältigen läßt. Jedenfalls sprechen dafür die großen Nachholprogramme, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik von allen Regierungen und Parteien entwickelt worden sind. Diese Pläne treten in scharfe Konkurrenz zu der bisher dominierenden privaten Bedarfsbildung über den Markt. Wir stehen also offensichtlich vor der Notwendigkeit, unsere gesamte bisherige Bedarfsbildung kritisch zu überprüfen und politisch zu entscheiden, wie weit und wie sie eventuell geändert werden muß, und damit vor einer großen und umfassenden wirtschaftspolitischen Aufgabe.

Die Frage ist nun: Wie steht es mit der wachsenden Staatstätigkeit in unserer pluralistischen Gesellschaft? Sind wir in der Lage, eine Aufgabe wie die offensichtlich notwendige Bedarfsumbildung unter den gegebenen Verhältnissen rational zu lösen?

### *I. Der Trend zur „gemischten“ Wirtschaftsordnung*

Die Erfahrungen, welche die modernen Industrievölker in den letzten 100 Jahren gemacht haben, haben übereinstimmend gelehrt, daß eine marktwirtschaftliche Koordination der Entscheidungen privater Haushalte und Unternehmungen allein nicht in der Lage ist, alle lebenswichtigen Interessen der industriellen Gesellschaft wahrzunehmen. Daß Aufgaben — wie z. B. der ausreichende Ausbau der Infrastruktur, die Vollbeschäftigung, eine sozial befriedigende Einkommensverteilung, die nationale Sicherheit — sich marktwirtschaftlich nur unzureichend oder überhaupt nicht lösen ließen, hat deutlich gemacht: Eine marktwirtschaftliche Ordnung — bei allen Vorzügen, die sie in anderer Hinsicht besitzt — reicht nicht aus, um Industriegesellschaften und ihre Völker vor ökonomischen und politischen Existenzkrisen zu bewahren.

Das hat vor allem *zwei* Gründe: *Einmal* kommt es bei einer rein marktmechanischen Koordination zu Massenreaktionen, die nicht immer einen Ausgleich — wie die liberalistische Wirtschaftstheorie es darstellt —, sondern mindestens ebenso häufig eine Akkumulation von Fehlentscheidungen und Mängeln hervorrufen können. Dies geschieht, weil es an einer den einzelnen Haushaltungen und Unternehmungen, den Individuen und Gruppen übergeordneten politischen Instanz fehlt, die jene Massenreaktionen steuern kann. — *Zum anderen* läßt sich die Deckung nicht aller Bedarfe auf der Grundlage des Privateigentums, der am Gewinn orientierten Privatinitiative und der privaten Nachfrage verwirklichen. Das liegt ohne Berücksichtigung der außenwirtschaftlichen Probleme teils an der marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung, teils an der Unsicherheit, ob private Unternehmerinitiative oder private Haushaltsnachfrage sich ausreichend existenz- und wachstumswichtigen Bedarfen zuwendet (z. B. Krankenhäuser, Schulen, Forschungsinstitute), teils daran, daß manche Bedarfe sich nur gemeinschaftlich decken lassen (Straßenbau, öffentliche Verwaltung, Verteidigung).

So mußte schon im 19. Jahrhundert die Tendenz zur Entstaatlichung der in der Entfaltung begriffenen arbeitsteiligen Wirtschaft nach einer verhältnismäßig kurzen

Periode wieder die entgegengesetzte Richtung auf die „gemischte Ordnung“ einer wirtschaftspolitisch gelenkten Marktwirtschaft einschlagen, in der der Staat in zunehmendem Maße wirtschaftliche Koordinationsaufgaben übernahm. Diese Entwicklung ist jedoch nicht kontinuierlich im gleichen Tempo verlaufen, sondern zeigt große Schwankungen im Ausmaß und in der Art staatlicher Interventionen, und zwar aus *drei* Gründen. *Einmal* hat die Kombination privat- und staatswirtschaftlicher Ordnungsprinzipien ihre Probleme, deren Lösungsversuche mit negativen Erfahrungen verbunden waren. *Zum anderen* wechselt die Dringlichkeit staatlicher Interventionen in die Marktwirtschaft mit den Situationen und den aus ihnen sich ergebenden dominanten Zielen (z. B. im Falle eines Krieges oder einer Wirtschaftskrise). Und *schließlich* pflegen sich von Zeit zu Zeit Situationen (Kriege, Wirtschaftskrisen), aus denen sich einseitige Zielsetzungen zwangsläufig ergeben, und daraus erwachsende partielle Erfahrungen zu so starken Zeiterlebnissen zu verdichten, daß die Menschen, aus diesen Erlebnissen heraus voreingenommen, zu bestimmten mehr oder weniger einseitigen Ordnungszielen und Ordnungsmitteln neigen. Auch das hat die Intensität des Trends zu einem „gemischten Ordnungssystem“ immer wieder schwanken lassen.<sup>1)</sup>

//. *Der ordnungspolitische Trend in der Phase der Sozialen Marktwirtschaft*

Das Zeiterlebnis, das die wirtschaftliche und auch die politische Ordnung in unserer Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg bis heute beherrscht, weist eine doppelte Prägung auf. Da ist *erstens* der Schock des Zusammenbruchs der wirtschaftlichen und sozialen Entwurzelung, des Elends und des Hungers der ersten Nachkriegsjahre; und da ist *zweitens* der Schock, den die Erfahrungen mit den totalitären Systemen faschistischer und kommunistischer Prägung und die Überforderungen des einzelnen im Kriege ausgelöst haben. Die Wirkungen beider schockartigen Zeiterlebnisse sind im dominierenden Typus unserer heutigen Staats- und Wirtschaftsbürger zu einer untrennbaren Einheit verschmolzen. Während der erste Schock die Zielsetzungen bestimmt: den raschen Wiederaufbau und den hohen Privatkonsum, beeinflusst der zweite Schock vor allem die Mittel, indem er zu einer einseitigen Rückkehr und Überforderung marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien geführt hat.<sup>2)</sup>

Die Ideologie lieferte dafür die neoliberale Theorie von der staatlich zu gestaltenden Markt- und Wettbewerbswirtschaft, die in das Leitbild und die widerspruchsvolle Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ einmündete. Diese neue politische Ideologie, selbst aus den schockhaften Zeiterlebnissen geboten, verstärkte die einseitig individualistische Mentalität der Staats- und Wirtschaftsbürger und legte der staatlichen Wirtschaftspolitik Ketten an, die zwar zunächst als Vorzüge erscheinen mußten, sich aber im Laufe der letzten Jahre als immer hinderlicher bewiesen.

Nur die eine Hälfte jener Theorie, die Marktwirtschaft, wurde verwirklicht. Bei der Kontrolle wirtschaftlicher Macht und der Schaffung wettbewerbswirtschaftlicher Verhältnisse gelangte man jedoch über widerspruchsvolle Ansätze nicht hinaus. Das hätte man wissen und voraussehen können, wenn bereits die neoliberalen Theoretiker sich der sozialen und politischen Voraussetzungen ihrer ökonomischen Ordnungskonzeption bewußt gewesen wären. Diese Konzeption verlangt nämlich einen aktiven Staat, dessen Stärke vor allem darin liegt, daß er von der Anteilnahme seiner Bürger an seinen Aufgaben getragen wird. Für diese Konzeption hätte man dementsprechend einen *common sense* nötig gehabt, wie er nach den Zeiterlebnissen des Nazismus und des Zusammenbruchs in unserer Bundesrepublik nicht mehr vorhanden war. So wurde die „Soziale Marktwirtschaft“ zur Zauberformel, die zwar den Eigennutz der Menschen anfeuerte

1) Vgl. H.-D. Ortlieb: Das Ende des Wirtschaftswunders, Wiesbaden 1962, S. 106 ff.

2) Näher ausgeführt bei H.-D. Ortlieb, a. a. O. S. 51 ff.

und in wirtschaftlich produktive Kanäle lenkte, die aber gleichzeitig die Menschen glauben ließ, daß es genüge, den Staat wieder mehr oder weniger auf das Nachtwächteramt zu beschränken. Da man meinte, mit den Geistern, die man vorgefunden und gefördert hatte, nicht brechen zu können, sahen sich im letzten Jahre alle Regierungen und Parteien genötigt, große Nachholprogramme zu entwickeln und gleichzeitig Steuersenkungen zu beschließen, um den privaten Haushalten nichts zumuten zu müssen. So ist man dabei, Bedingungen für die Beschleunigung unserer schleichenden Inflation zu schaffen, erklärt aber weiterhin, daß ihre Bekämpfung das dominante Ziel der Wirtschaftspolitik sei.

Diese Neigung, unvereinbare Ziele zu proklamieren, hängt nicht zuletzt mit gewissen Schwächen unseres politischen Ordnungssystems zusammen. :

### *///. Schwächen unserer repräsentativen Demokratie*

Denn auch die politische Ordnung einer repräsentativen Demokratie wie der unseren — wie sehr wir auch berechtigterweise mit ihr unsere Vorstellungen von politischer Freiheit verbinden —, hat ähnliche konstitutionelle Schwächen wie die Marktwirtschaft. Zwar bietet die parlamentarische Ordnung ähnlich wie die marktwirtschaftliche viel Spielraum für Spontaneität von Individuen und Gruppen. Aber solche Spontaneität ist üblicherweise kurzfristig und partiell ausgerichtet. Sie bringt daher unsere Gesellschaft leicht in die Gefahr, ihre eigene Freiheitlichkeit ad absurdum zu führen, wenn im Streit der partiellen Interessen die gemeinsamen Aufgaben und das langfristig Notwendige ins Hintertreffen geraten. Zwar soll das Spiel mit verteilten Rollen zwischen Regierung und Opposition auch die langfristigen Ziele des Gemeinwohls sichern helfen. Gleichzeitig müssen aber beide Rollenträger legitimerweise bestrebt sein, ihre politische Macht zu erhalten bzw. zu gewinnen, indem sie bei den Parlamentswahlen um die Stimmen der Wähler konkurrieren. Über diesen Wettkampf kann es dann leicht geschehen, daß die eigentliche konstruktive politische Aufgabe, ausreichend langfristig zu koordinieren und zwischen divergierenden Zielen für das wichtigere, aber wahltaktisch vielleicht weniger zugkräftige Ziel zu entscheiden, in den Hintergrund gedrängt, wenn nicht gar ganz von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Diese Gefahr ist in einer parlamentarischen Demokratie besonders groß, wenn, wie in unserer Bundesrepublik, das böse Gewissen und die Überforderung aus einer totalitären Vergangenheit bei den Staats- und Wirtschaftsbürgern zu einem Übergewicht individualistischer Neigungen und Ansprüche geführt haben. Diese Neigungen sind in unserem politischen Leben gekennzeichnet durch die häufig zu hörende Klage, die Masse der Wähler interessiere sich nicht für Politik, und gleichermaßen durch die nicht selten darauf gegebene Antwort, das wäre auch gut so, denn Politik verdürbe den Charakter. Solche Klänge aus unseren öffentlichen Diskussionen, die in den letzten Jahren vielleicht etwas seltener als früher zu hören gewesen sein mögen, lassen befürchten, daß nicht allzuviel Hoffnung besteht, man könne kurzfristig eine sinnvolle Ergänzung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung aus dem politischen Bereich erwarten.

Langfristig gesehen bleibt eine zweifache Hoffnung übrig. *Einmal* mag man auf den Wandel unseres Bildungs- und Erziehungssystems hoffen, wenn in dessen Mittelpunkt ohne Verzögerung eine moderne politisch-ökonomische Bildung gerückt wird, durch die wir die Gesetze der wirtschaftlichen und politischen Welt, in der wir leben, über unsere private Teilwelt hinaus verstehen lernen. *Zum anderen* besteht eine vage Hoffnung, daß es gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft, wie der unseren, autonome Kräfte gibt, von denen konstruktive Impulse ausgehen können, um den negativen Zirkel unseres sozialen Zerfalls, der sich aus einem übertriebenen Individualismus ergibt, zu durchbrechen.

Solche Kräfte könnten aushilfsweise oder ergänzend die Rolle der Opposition und damit die Aufgabe einer konstruktiven nonkonformistischen Kritik übernehmen. Derartige Impulse könnten z. B. von der Kirche, der Wissenschaft, der Presse, sie könnten von jeder Person oder Gruppe ausgehen, die sich in der Lage sieht, vielleicht unangenehme, aber notwendige Wahrheiten ins öffentliche Bewußtsein zu rufen, damit das Rechte geschehen kann. Dabei ergeben sich für die Wissenschaft und Presse besondere Aufgaben, was sich allgemein aus der Herkunft und dem Charakter unserer modernen Welt begründen läßt.

Die Wissenschaft liefert das Sachverständnis für eine Welt, an deren Entstehung sie maßgeblich beteiligt ist. Sie hat über die Gesetze zu informieren, nach denen unsere Wirtschaft und Gesellschaft funktioniert und sich wandelt. Sie hat zu warnen, wenn Sachzusammenhänge nicht beachtet oder Gesetzmäßigkeiten behauptet werden, die gar nicht existieren. Die Presse ist in unserer Demokratie nicht nur der Spiegel des öffentlichen Bewußtseins. Da sie die öffentliche Meinung auch in entscheidendem Umfang zu formen vermag, übernimmt sie in unserer außergeleiteten Gesellschaft nicht selten die Rolle einer Art öffentlichen Gewissens, dem sich kaum jemand zu entziehen wagt.

Die Frage ist nur, ob man von unserer Wissenschaft und Presse erwarten kann, daß sie die vorhandenen Möglichkeiten ergreifen. Denn auch diejenigen Menschen, die in diesen Bereichen tätig sind, haben sich nicht freihalten können von den Voreingenommenheiten unserer Zeit, und die Art, wie Wissenschaft und Presse bei uns organisiert sind und sich betätigen, erwecken mancherlei Bedenken. Eine Presse, die allzusehr darauf aus ist, ihren Lesern zum Munde zu reden und mehr auf Sensationen und sentimentale Meinungsbildung als auf sachliche Information gerichtet ist, wird ihre schöpferische Chance einer zukunftsgerichteten Zeitkritik genau so versäumen wie eine Wissenschaft, die sich allzusehr um das Wohlwollen ihrer öffentlichen oder privaten Geldgeber sorgt. Dies macht schon deutlich, weshalb wirtschafts- und gesellschaftspolitisch die Kommerzialisierung und Monopolisierung dieser Bereiche besonders problematisch sind.

#### *IV. Das Dilemma des Sozialisierungsprozesses*

Wenn wir gesehen haben, welche Schwierigkeiten sich der sachgerechten Schaffung eines „gemischten Ordnungssystems“ aus den konstitutionellen Schwächen der marktwirtschaftlichen und der parlamentarischen Ordnungsprinzipien entgegenstellen, so wird das Dilemma durch ein allgemeines Kennzeichen der dynamischen Industriegesellschaft noch vergrößert, nämlich durch den immer weiter fortschreitenden Prozeß der Arbeitsteilung und der fachlichen Sozialisierung, der unabhängig von der Art der politischen und wirtschaftlichen Ordnungssysteme ist. Unsere wirtschaftliche und soziale Welt wird immer differenzierter und mit ihrer Differenziertheit immer unübersichtlicher, und gleichzeitig werden die Menschen in ihr beruflich-fachlich immer spezialistischer ausgebildet und erfahren. Und dieser Prozeß ist sicherlich nicht aufzuhalten, geschweige rückgängig zu machen. Gleichzeitig ist unser allgemeines Schul- und Bildungswesen auf Grund seiner humanistischen Herkunft immer weniger geeignet, diesen Prozeß für die ökonomische und politische Welt auszugleichen.

Unsere Politiker ziehen daraus zwar die Konsequenzen und nehmen in zunehmendem Maße die Beratung von Fachleuten aller Art in Anspruch. Aber politische Entscheidungen sind stets recht komplexer Natur, besonders wenn es darum geht, zwischen den in Frage stehenden Zielen und Mitteln zu entscheiden, erwünschte und unerwünschte Nebenwirkungen geplanter Maßnahmen zu erkennen und auch die unvermeidlichen machtpolitischen Konsequenzen in die Betrachtung einzubeziehen. Sogar wenn der Politiker von Haus aus auf einem speziellen Gebiet selbst Fachmann ist, so befähigt ihn das

noch nicht zu der Zusammenschau, welche die komplexe Natur der politischen Entscheidungen verlangt. Auch kann er hier kaum sachverständige Hilfe heranziehen; denn der Spezialisierungsprozeß hat sich bisher in der Wissenschaft und Fachausbildung fast im gleichen Maße wie in der übrigen Welt durchgesetzt.

Hinzu kommt, daß auch der Fachmann und Wissenschaftler ein Mensch mit partiellen Interessen und Voreingenommenheiten und daher nicht ohne weiteres in der Lage und gewillt ist, sich solchen Einflüssen zu entziehen. Dies gilt besonders, wenn die zur Diskussion stehenden politischen Ziele und Maßnahmen seine eigene Welt unmittelbar betreffen. Das Schicksal unserer Hochschulreform ist ein lehrreiches Beispiel dafür!

#### *V. Schwierigkeiten einer rationalen Revision der Bedarfsbildung*

Kehren wir, nachdem wir die wesentlichen Kennzeichen und Probleme unserer pluralistischen Gesellschaft dargestellt haben, zum Ausgangspunkt dieser Abhandlung zurück: Ob und wie weit Einkommen in öffentlicher Hand stärker berücksichtigt werden müssen als bisher, um den Nachholbedarf zu befriedigen. Auch unseren Politikern in Bund und Ländern ist inzwischen klargeworden, daß in einer Hinsicht die bisherige Laissez-faire-Politik nicht mehr fortgesetzt werden kann, nämlich im Hinblick auf die Entscheidung über den deckungswürdigen Bedarf. Überall ist heute von Prioritätsplänen die Rede, und wenn man damit zunächst auch nur meint, daß bei der künftigen Aufstellung öffentlicher Haushalte nach vorab geklärten Prioritäten verfahren werden soll, so kann doch kein Zweifel darüber bleiben, daß mit Rücksicht auf die Diskrepanz, die zur Zeit zwischen den bisher vernachlässigten Großaufgaben unserer Gesellschaft<sup>3)</sup> und der derzeitigen Einkommensverteilung in privater und öffentlicher Hand besteht, rationalerweise die gesamte Bedarfsbildung in die politische Entscheidung einbezogen werden muß. Gerade wenn man einem Gesetz der wachsenden Staatsausgaben nicht zur Wirksamkeit verhelfen will, ist eine solche Bedarfsplanung erforderlich. Dabei ergeben sich drei Fragenkomplexe:

1. Die Durchforstung der von den verschiedensten Seiten angemeldeten Nachholbedarfe, die auf Entscheidungen über ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit hinauslaufen muß. Dazu gehört auch die Untersuchung der Frage, wie man diese Bedarfe am rationellsten decken könnte.

2. Die Überprüfung der bisherigen öffentlichen Ausgaben nach Einsparungsmöglichkeiten, um solche Einsparungen für die Finanzierung neuer Aufgaben heranziehen zu können.

3. Die Untersuchung der Frage, wie unvermeidlich werdende zusätzliche Staatseinnahmen auf die Staats- und Wirtschaftsbürger verteilt werden sollen.

Bei alledem muß berücksichtigt werden, daß neben der Finanzierungsfrage, also neben dem Problem der Einkommensverschiebungen, die Frage der Nachfrageverschiebungen steht, d. h., daß es nicht genügt, auf bestimmte Bedarfe vermehrt Kaufkraft zu lenken, sondern daß es erforderlich ist, die Prioritäten von vornherein so festzulegen, daß sie nicht zu zeitlichen Akkumulationen führen, die über die Kapazität der einzelnen Wirtschaftsbereiche hinausgehen und problematische Preissteigerungen verursachen. Weiter muß in diesem Zusammenhang beachtet werden, daß jene Einkommensverlagerungen nicht nur die Konsumentennachfrage belasten, sondern auch Folgen für die Investitionsfreiheiten der Unternehmungen haben können oder sogar haben müssen. Und schließlich darf man auch die Schwierigkeiten nicht übersehen, die sich unter den bereits dargestellten Verhältnissen unserer pluralistischen Gesellschaft bei der politischen Durchsetzung solcher Ziele und Rationalisierungsentscheidungen ergeben müssen.

<sup>3)</sup> Dazu gehören in der Reihenfolge ihres quantitativen Schwergewichtes: Stadt- und Dorfsanierung, Wissenschaft und Bildung, Verkehrswesen, Reinigung von Wasser und Luft, Gesundheitswesen.

*VI. Voraussetzungen rationaler Urteilsbildung und Entscheidung in unserer pluralistischen Gesellschaft*

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich werden lassen, weshalb unter den Gegebenheiten unserer pluralistischen Gesellschaft einer rationalen Urteilsbildung und Entscheidung über eine neue Bestimmung des Bedarfs, wie überhaupt einer rationalen Wirtschaftspolitik unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten entgegenstehen.

Hinsichtlich der Bedarfsbestimmung ist die Situation — wenn nicht quantitativ, so doch qualitativ — eine ähnliche wie bei einer in einen Kriegszustand geratene Nation, die ja ebenfalls ihren Bedarf ändern muß. Der Unterschied liegt darin, daß wir weit eher als eine kriegführende Nation in der Lage sind, auf eine Bedarfsumbildung einfach zu verzichten. Daher ist das Wahrscheinlichste, daß es günstigstenfalls zu so unzulänglichen Maßnahmen kommen wird, wie es das vom *Bundeskanzler* auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf proklamierte „*Deutsche Gemeinschaftswerk*“ darstellt. Es kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es sich bei vier bis fünf Md. DM im Jahr nur um eine „Tröpfelflasche“ handeln kann, die nicht entfernt in der Lage ist, den Nachholbedarf zu stillen, wie rigoros man auch die bisher aufgestellten Investitionspläne, die für einen Zeitraum von fünf bis acht Jahren bis auf Beträge von insgesamt 300 Md. DM hinauslaufen, zusammenstreichen mag. Die andere alternative Gefahr, die anwachsen dürfte, wenn wir es noch viele Jahre bei dieser „Tröpfelflasche“ beließen oder noch nicht einmal diese anzuschaffen vermöchten, besteht darin, daß es mangels rationaler Entscheidungsmöglichkeiten wie in Kriegszeiten eines Tages zu rapide anwachsenden Staatsausgaben und Inflationserscheinungen kommen wird.

Will man in der Lage sein, beide Alternativen zu vermeiden, so wird sich einiges in den Verhältnissen unserer pluralistischen Gesellschaft ändern müssen. Dazu ist auf Grund der vorangegangenen Analyse vor allem folgendes zu rechnen:

1. Die eiligste, weil langwierigste Aufgabe wäre die Einführung eines neuen Bildungs- und Ausbildungssystems, in dessen Mittelpunkt die politische und sozialökonomische Bildung steht, damit das Verständnis der makroökonomischen und makropolitischen Zusammenhänge sowohl bei der Wählerschaft als auch bei den aktiven Politikern verbessert wird.
2. In Verbindung mit unserer Bildungsreform müßte es zu einem Abbau oder einer Ergänzung des Spezialisierungsprozesses kommen, also zu einer Reintegration, die wenigstens einen zureichenden Teil der Spezialisten in den Stand setzt zu verstehen, was in den Nachbardisziplinen vor sich geht, um bei der Urteilsbildung über komplexe politische Fragen behilflich sein zu können.
3. Die Ratschläge von Fachleuten dürften, in Zukunft nur äußerst kritische Verwendung finden, wenn diese Ratschläge offensichtlich durch die Interessenlage der Fachleute deformiert sind. Nur beratende Hinzuziehung der Spezialisten sollte in Frage kommen, wenn es um die Reform ihrer eigenen Angelegenheiten geht. Das gilt z. B. besonders für unsere Bildungs- und Hochschulreform.
4. Insbesondere für die Verwirklichung der drei bisher genannten Punkte müßten unsere Wissenschaften, besonders die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, den praktischen Notwendigkeiten, d. h. dem „die Not unserer wirtschaftlichen und politischen Praxis Wendenden“ stärker als bisher verpflichtet werden. — Wahrscheinlich könnten unsere Universitäten solchen Aufgaben leichter gerecht werden, wenn sie von der höheren Berufsausbildung weitgehend entlastet würden. Sollte aber die höhere Berufsausbildung auf den Universitäten verbleiben, so müßte die bisherige Verbindung von Forschung und Lehre eine sinnvolle Revision erfahren.

5. Die informative und kritisch-analytische Funktion unserer Kommunikationsmittel (Presse, Rundfunk und Fernsehen) müßten aktiviert werden. Diese für eine moderne demokratische Gesellschaft so entscheidend wichtigen Orientierungsmittel müßten stärker als bisher nicht die Verwirrung, sondern die Klarheit — nicht das Gefühl, sondern die Vernunft pflegen.

6. Es müßte sich durch eine entsprechende Führungsauslese eine Stärkung derjenigen politischen Elemente durchsetzen, die bereit und fähig sind, über ihre persönliche Machtpolitik und Parteidisziplin nicht die Sachnotwendigkeiten zu vergessen.

Besonders, aber nicht nur der letzte Punkt mag den Eindruck erwecken, daß hier schlicht die Forderung gestellt wird, wir sollten uns wie Münchhausen am eigenen Zopf aus dem Sumpf unserer Verhältnisse herausziehen. Denn, wenn es richtig ist, daß diese Verhältnisse durch ein allgemein feststellbares Überwuchern persönlichen Einkommens- und Machtstrebens unter Vorherrschaft kurzfristiger Aspekte gekennzeichnet sind, so liegt hier offensichtlich ein Prozeß vor, der schon seit Jahren über die Vorherrschaft der Grenzmoral selbst induktiv einen negativen Zirkel in Gang setzt. Wenn erst einmal das individuelle Streben nach äußerlich sichtbarem Erfolg das Außengeleitetsein einer Gesellschaft über einen bestimmten Punkt hinausbringt, sieht sich jeder, der überhaupt im öffentlichen Leben wirksam werden will, in die Situation gedrängt, die gleiche Verhaltensweise an den Tag zu legen. Man könnte daraus folgern, ein solcher Zirkel kann erfahrungsgemäß — wenn überhaupt — nur unter zwei Bedingungen durchbrochen werden: *Einmal* durch eine katastrophenähnliche Änderung der Gesamtsituation, welche die Existenz aller in Frage stellt und daher zu neuer Rationalität zwingt, *zum anderen* durch eine oppositionelle Reaktion der jungen Generation, die aus emotionalen Gründen den Stil der alten Generation ablehnt.